

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 8

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

nannten Handlungen sind im Sinne des Artikels 227 des Strafgesetzbuches strafbar. Für den Eintritt der Kinder in die erwähnten Sekten werden deren Eltern und andere Personen im Sinne des Artikels 227 des StGB bestraft werden. Die (zu verhängende) Strafe lautet auf Freiheitsentzug oder Verbannung bis zu fünf Jahren, verbunden mit einem eventuellen Vermögensentzug.»

Soweit die gesetzlichen Bestimmungen, die das Beten und die Taufe, die wichtigsten aller religiösen Handlungen, als «gesundheitsschädlich» bezeichnen und den Behörden jederzeit die Einmischung in das innerkirchliche Leben ermöglichen. Dieses harte Vorgehen des Sowjetstaates gegen die Religionsgemeinschaften vollzieht sich zusammen mit der mit allen Mitteln geförderten atheistischen Propaganda und widerlegt die angebliche Toleranz gegenüber den Kirchen in der Sowjetunion.

«Achse Moskau-Rom»?

Trotz aller schwerwiegenden und unüberbrückbaren Gegensätze versucht Chruschtschew nicht nur im Weltkirchenrat, sondern auch in Rom Fuss zu fassen. Die Annäherungsversuche begannen 1956. Damals besuchte der Sowjetbotschafter in Rom den Heiligen Stuhl und überreichte einen Abrüstungsvorschlag der Sowjetunion, obwohl es zwischen dem Vatikan und der UdSSR keine diplomatischen Beziehungen gibt. Die Note der sowjetischen Regierung konnte nicht angenommen werden. Am 20.9.1961 verzichtete auch die «Iswestija» auf die übliche Bezeichnung des Vatikans, als des «Vollziehers der politischen Ideen des Imperialismus», und äusserte sich positiv zur Ansprache des Papstes über die Atomkriegspsychose (vom 10.9.1961). Chruschtschew selbst widmete der Friedensbotschaft des Papstes eine Erklärung. Am 25.10.1961 übermittelte er offiziell als Ministerpräsident der sowjetischen Regierung Papst Johannes XXIII. anlässlich seines Geburtstages herzliche Glückwünsche. In seiner Dankadresse entbot der Papst dem russischen Volk «herzliche Wünsche zur Entwicklung und Festigung des Weltfriedens».

Die päpstliche Sozialenzyklika «Mater et Magistra» wurde zum Gegenstand der Ost-West-Auseinandersetzung. Nach anfänglichem Schweigen hat sich auch die kommunistische Welt mit der Enzyklika befasst, allerdings mit sehr unterschiedlichen Meinungen. Einerseits wird sie als «Werkzeug der ideologischen Kriegsvorbereitung» charakterisiert, anderseits aber erkennt man in ihr «Tendenzen der Anerkennung der Politik der friedlichen Koexistenz». Die «Prawda» lehnte die Enzyklika kategorisch ab, während die philosophische Zeitschrift «Woprosy Filozofii» ihr grössere Bedeutung beimisst und in ihr eine Parallele zum Programm des XXII. Parteikongresses der KPdSU sieht. Aber auch der Angriff auf die Enzyklika fehlt nicht, indem sie als «neues Manöver des Vatikans» bezeichnet wird, «um die breiten Massen von den fortschrittlichen Ideen» fernzuhalten.

Die östliche Presse hat das II. Vatikanische Konzil eingehend behandelt und es gekennzeichnet als eine Angelegenheit, mit der «die Kirche ihre verlorene Macht über die Arbeiterklasse zurückerobern und die Verbreitung der Ideen des Kommunismus aufzuhalten möchte», «Die Imperialisten».

heisst es anderer Stelle, «sind bestrebt, die Volksmassen mit Hilfe der Kirche im antikommunistischen Geist und im Geiste des Hasses gegenüber den Ländern des sozialistischen Lagers zu erziehen.»

Nach diesen feindseligen Erklärungen traf dann plötzlich die Nachricht ein, dass der Moskauer Patriarch bereit sei, seine Beobachter zum Konzil zu entsenden. Auch zum vergangenen Jahreswechsel sandte Chruschtschew dem Papst eine offizielle Grussadresse. Schliesslich ist auch die unerwartete Freilassung des ukrainischen katholischen Erzbischofs von Lemberg, Josyf Slipyj, ein Anzeichen der neuen kirchenpolitischen Taktik des Kremls. Verschiedene Beobachter sehen in der Freilassung des Metropoliten einen weiteren Schritt des Sowjetregimes auf dem Weg zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit dem Heiligen Stuhl.

Es hat allerdings den Anschein, dass diese Schachzüge der Sowjetunion nicht nur der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit dem Vatikan dienen, sondern auch rein propagandistischen Zwecken. Der Vatikan hat bisher gegenüber allen Annäherungsversuchen der Sowjets eine einzige Bedingung gestellt: die Sicherung der Gewissens- und Glaubensfreiheit. Dieser Preis war bisher für den Kreml zu hoch. Die Ereignisse der Zukunft werden zeigen, ob die Sowjetunion die berechtigten Forderungen des Vatikans erfüllen wird oder nicht. MC.

Wirtschaft

Ungarn

Vorratshaltung

Zu den Ungereimtheiten der kommunistischen Planwirtschaft gehört der Zwiespalt zwischen Planung und Bestellung der benötigten Materialien und Vorräte. Um Engpässe in der Versorgung mit Produktions- und Konsumgütern (für welche sie letztlich verantwortlich gemacht werden) nach Möglichkeit zu vermeiden, pflegen die Direktoren der staatlichen Betriebe regelmässig grössere Vorräte an Material zu bestellen, als der Plan ihnen vorschreibt. Dabei ist diese Praxis für die Direktoren eine Gleichung mit zwei Unbekannten: je nach der entsprechenden Lage erhalten sie die Materialien in vollem Umfang ihrer Bestellung oder nur teilweise. Die Budapester Zeitschrift «Figyelő» veranstaltete Ende Januar dieses Jahres eine Umfrage zu diesem Problem, wobei allgemein kritisiert wurde, dass Planung und Bestellung der Materialvorräte zeitlich nicht übereinstimmen.

In ihrem Bericht hob die Zeitschrift hervor, dass die richtige Bewirtschaftung der Vorräte von besonderer Bedeutung sei. Die gesamten Vorräte seien von 2,6 Prozent im Jahre 1959 auf 8,3 Prozent des ungarischen Bruttonzialproduktes im Jahre 1961 angestiegen und damit immobil. Wegen der zu beobachtenden Tendenz der Zunahme der Vorräte fordert die Zeitschrift eine «einheitliche Politik für die Material- und Vorrätebewirtschaftung».

Eine angemessene Lösung dieses Problems lässt sich aber in der Planwirtschaft kaum realisieren, weil im planwirtschaftlichen System eine verkehrswirtschaftliche Wirtschaftsrechnung undurchführbar ist. Immerhin zeigt der ungarische Bericht ein weiteres Mal, dass es im Ostblock Tenden-



FERENC FRICSSAY

Am Morgen des 20. Februars 1962 verschied in Basel der berühmte Dirigent Ferenc Fricsay im Alter von 48 Jahren.

Der am 9. August 1914 in Ungarn geborene Fricsay erhielt als Schüler Béla Bartóks und Zoltan Kodalys seine Ausbildung an der Budapester Musikhochschule und trat im Jahre 1945 in das Rampenlicht der Musikwelt, als er buchstäblich im Donner der Geschütze die Leitung der Budapester Oper und des Städtischen Symphonieorchesters der Stadt übernahm. Sein Einspringen für den plötzlich erkrankten Otto Klemperer bei der Uraufführung der Oper «Dantons Tod» von Gottfried von Einem während der Salzburger Festspiele des Jahres 1947 bedeutete für ihn zugleich den Absprung aus dem kommunistischen Machtbereich. 1948 wurde Fricsay als Leiter des eben gegründeten Rias-Symphonieorchesters nach Berlin berufen. Es gelang ihm in kurzer Zeit, dieses Orchester zu internationalem Ruhm zu führen. Zur gleichen Zeit schuf Fricsay als Generalmusikdirektor der Städtischen Oper Berlin bis zum Jahre 1952 aus der Asche des zerschlagenen Glanzes der ehemaligen Deutschen Oper ein neues, weithin bekanntes Operntheater. Als Gast konzertierte er mit den ersten Orchestern der Welt in zahlreichen Musikzentren Europas und Amerikas. 1955 berief ihn die Bayrische Oper in München an ihre Spitze. 1959 zog es Fricsay wieder nach Berlin, wo er das Radio-Symphonieorchester gründete und später die festliche Premiere der 1961 neuerrichteten Deutschen Oper Berlin leitete. Seither war er künstlerischer Beter dieser Institution.

Mit Ferenc Fricsay verliert die Musikwelt nicht nur eine überragende Dirigentenpersönlichkeit, sondern auch den wohl bedeutendsten kongenialen Interpreten seiner grossen Lehrer Bartók und Kodály.

zen gibt, gewisse marktwirtschaftliche Vorstellungen zu übernehmen. Bereits in den Vorschlägen des sowjetischen Wirtschaftswissenschaftlers Prof. Liberman (siehe KB Nr. 48/1962) sind solche Tendenzen zum Ausdruck gekommen.

Unser Memorandum

15 Jahre sind es
her, dass die tschechoslowakische De-
mokratie jenen ent-
scheidenden Kampf
führen musste, den sie schliesslich verlor.
Seither schaltet und walzt in diesem
Lande das kommunistische Regime. Die
Sonne der Freiheit ging unter und noch
rötet keine Morgendämmerung den Himmel.

Das Land, von T. G. Masaryk im Gefolge
des Ersten Weltkrieges begründet, konnte
in der kurzen Zeit seiner Unabhängigkeit
kein Nationalbewusstsein unter Einschluss
der Minderheiten aufbauen. Es war den
politischen und militärischen Stürmen der
dreissiger Jahre kaum gewachsen und ging
todesgeschwächt aus dem Zweiten Welt-
krieg hervor. Schwach war auch der
Nachfolger des Staatsgründers, Präsident
Eduard Benesch. Daher konnten die Kom-
munisten eine Reihe wichtiger Schlüssel-
positionen besetzen.

1947 setzte die Offensive der Antikommu-
nisten ein. Am sozialistischen Parteitag in
Brünn wurden die Kryptokommunisten
Fierlinger als Parteivorsitzender und der
Gewerkschaftschef Erban als Vorstands-
mitglied abgewählt. Nach diesem Parteitag
wurden den Führern der nichtkom-
munistischen Parteien Dynamitpakte
übersandt. Die Untersuchung offenbarte,
dass kommunistische Funktionäre am
Werk gewesen waren. Der Untersuchung
hatte jedoch die Sicherheitspolizei Hindernisse
in den Weg gelegt. Am 13. Februar
beschloss die Regierung mehrheitlich, die
Tätigkeit der Sicherheitspolizei zu über-
prüfen. Die Kommunisten Gottwald und
Nosek, jener Ministerpräsident und dieser
Innenminister, weigerten sich, den Be-
schluss auszuführen. Am 20. Februar traten
die zwölf Regierungsvertreter der
nichtkommunistischen Parteien zurück.

Die Kommunisten verfügten über keinen
genügenden Rückhalt im Volk. Sie blufften.
Am Abend des 20. bemächtigten sie
sich des Radios. Tags darauf sprach Gott-
wald an einer Massenversammlung. Ak-
tionskomitees wurden gegründet, der Kon-
gress der Betriebsräte trat zusammen, der
Druck der Strasse wurde organisiert und
die Massenverhaftungen setzten ein. Benesch
brach zusammen und sagte zu, den
Rücktritt der zwölf Minister anzunehmen.
Am Montag, dem 23. Februar, waren die
Strassen Prags von kommunistischen
Polizeikräften besetzt. Darin bestand der
ganze Staatsstreich.

Zögernd und zaudernd wie die Nicht-
kommunisten waren, konnten sie in die-
ser Krise nur ihre Schwäche offenbaren.
Sie sprachen von Freibier statt von Frei-
heit. Einzig die Studenten leisteten Wider-
stand und zogen trotz der Polizei, die von
Schusswaffen Gebrauch machte, vor den
Amtssitz des Präsidenten und versicherten
ihm ihrer Unterstützung. Und der Sozialist
Majer verteidigte das Parteibüro gegen
kommunistische Eindringlinge, selbst schon
von Lauschmann und Fierlinger verraten.

Einmal mehr, aber diesmal mit seltener
Offensichtlichkeit, konnte eine verschwin-
dende kommunistische Minderheit die
Macht an sich reißen, weil ihre Gegner
uneins und gespalten waren.

MITTEILUNG

Das Bezirksgericht Zürich hat als erste
Instanz die Ehrverletzungsklage gegen
Nationalrat Dr. Oprecht abgewiesen. Ge-
gen dieses Urteil ist appelliert worden.
Damit ist das Verfahren immer noch
hängig, weshalb wir zur Urteilsbegrün-
dung vorläufig nicht Stellung nehmen
können.

Den Abonnenten und Lesern des «Kla-
ren Blicks» danken wir, dass sie trotz
verschiedener Angriffe ihr Vertrauen
bewahrt haben. So liegt die Erneuerung
der Abonnements im Januar über dem
Durchschnitt.

BRIEFE

«Der in einigen Zeitungen verbreitete
Kommentar zu dem in Zürich ausgetra-
genen Ehrverletzungsprozess scheint mir
ein sehr betrübliches Anzeichen einer
weitverbreiteten geistigen Verwirrung zu
sein, die sonderbarweise vor allem in
Köpfen vorherrscht, die sich ihrer weit-
reichenden Verantwortung bewusst sein
sollten.

Ich bin seit drei Jahren regelmässiger,
aufmerksamer Leser des «Klares Blicks»,
früher in Ausland, wo ich mit Problemen
der Auseinandersetzung mit der kommuni-
stischen Lüge und Intrige in direkte Be-
rührung kam, und seit dem August 1962
in der Schweiz.

Viele gescheite Köpfe des Westens haben
von Zeit zu Zeit in Vorträgen und Zei-
tungsartikeln vor dem kommunistischen
Bedrohung gewarnt und auf Probleme hin-
gewiesen, welche oft unter dem Begriff
«Gesellschaftskrise im Westen» zusammen-
gefasst werden. Meistens handelt es sich
leider um asthenisch anmutende Ausrufe,
die heute gelesen und morgen ver-
gessen werden. Als erster und einziger
haben Sie es unter grossen Erschwerun-
gen auf sich genommen, eine systema-
tische Aufklärung, die so dringend nötig
war und ist, über das Tun und Treiben
unserer Kulturgegner zu unternehmen und
zu der überfälligen Wachsamkeit anzu-
spornen. Vielen scheint nun das Wissen
um unbedeute Wahrheiten, vielleicht weil
es sich auch auf andere Gebiete ihres Le-
bens ausdehnen könnte, sehr unangenehm
zu sein. Es liegt hier strafliche Dummheit,
wenn nicht sogar Bosheit, vor; denn wäh-
rend ihre selbstzufriedene Existenz von
dem Ueberleben des freien Westens ab-
hängt, bekämpfen sie indirekt diejenigen,
die am meisten dafür tun, dass weite
Kreise endlich erwachen.

Dass Sie Osthändel, unter dem Primat der
Politik betrieben und nur dann, in gewis-
sen Grenzen empfohlen, hat Sinn und
Zweck und liegt völlig im Rahmen der
Verteidigung des Westens in weitem Sinne
gesehen. Wer das nicht einsieht, verrät
kein hohes Mass an Intelligenz oder Kennt-
nis der wirklichen Verhältnisse. Wer fer-
ner solchen Auseinandersetzungen feige
ausweicht oder sie gar belächelt, wie dies
auch gelegentlich geschieht, verdient nicht
als politisch reifer, stimmfähiger Bürger
erachtet zu werden. P. B., Basel.»

Curriculum der Woche



BRUNO LEUSCHNER

Führender Wirtschaftsfunktionär der
SBZ, Stellvertretender Vorsitzender des
Ministerrates der DDR. Geboren am
12. August 1910 in Berlin als Sohn eines
Schuhmachers, trat Leuschner im Alter
von 21 Jahren, 1931, der kommunistischen
Partei bei. 1936 wegen illegaler
Tätigkeit verhaftet und wegen Hochver-
rats zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt.
Während des Zweiten Weltkrieges in
den Konzentrationslagern Mauthausen (Oesterreich) und Sachsenhausen.
1945 wird er Leiter der Abteilung Wirt-
schaft im Parteivorstand der SED, 1947
Leiter der Abteilung Planung der Deut-
schen Wirtschaftskommission (DWK),
Oktober 1949 Staatssekretär im Ministe-
rium für Planung, Mai 1952 Vorsitzender
der staatlichen Plankommission und seit
Dezember 1955 stellvertretender Vorsitzender
des Ministerrates der DDR. Mitglied des Zentralkomitees der SED seit 1950 und des Politbüros seit 1958.
Seit 1949 Mitglied des ostzonalen Par-
laments und seit September 1960 Mit-
glied des Staatsrates der DDR.

Im Juli 1961 wurde Leuschner von sei-
nen Aufgaben als Vorsitzender der
staatlichen Plankommission entbunden
und als stellvertretender Vorsitzender
des Ministerrates mit der «Koordinie-
rung der wirtschaftlichen Grundaufga-
ben» im Präsidium des Ministerrates
beauftragt.

In dieser Funktion ist Leuschner Mit-
glied des Exekutivkomitees des Come-
con (= RGW), dessen letzte Sitzung in
Moskau er präsidierte.

Der Schnapschuss

Vom sowjetischen Sekt behauptete letztes
Jahr eine westdeutsche Firma in ihrer
wirtschaftswunderlichen Werbung: «Das
müssen Sie getrunken haben!» Die Ost-
block-Schaumweinschwemme hat gute
Aussichten. Die bulgarische Sektfabrik in
Pavlovo stellt jährlich 90 000 Flaschen her.
Bis zum Jahre 1965 sollen zwei neue Fa-
briken eröffnet werden, damit bis 1970
die Sektproduktion auf fünf Millionen
Flaschen gesteigert werden kann.